

komba magazin

Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst

Mai 2019 – 21. Jahrgang

5



Europa Wahl ist richtungs- weisend

dbb Seiten
9 bis 48

Seite 4 <

komba
Bundesvorstand
tagte

Seite 6 <

Perspektiven
für die Pflege

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielen mag das Wort „Digitalisierung“ schon nervig und abgegriffen erscheinen. Doch es wäre fahrlässig, wenn wir uns diesem Thema in unserer Gewerkschaftsarbeit nicht mehr mit der notwendigen Intensität widmen würden.

Denn die praktischen Auswirkungen und damit die konkreten Folgen für die Beschäftigten fangen gerade erst an.

Bislang stand eher das Problem der Rückständigkeit der damit zusammenhängenden Infra- und Verwaltungsstruktur im Mittelpunkt. Auch wenn das Problem noch nicht wirklich gelöst ist – einen Stillstand gibt es nun auch nicht. Vielmehr wird durch Projekte und in fortschrittlichen Dienststellen Schritt für Schritt sichtbar, wohin die Wege führen können.

Und die erschöpfen sich nicht in besseren Rahmenbedingungen für Telearbeit. Die Verkehrslenkung, die Parkplatzsuche per App, die Mülleimerleerung infolge Sensorenanzeige, die Vermeidung von ärztlichen Doppeluntersuchungen mithilfe der Gesundheitskarte oder die digitale Abwicklung der Beihilfe sind nur einige Beispiele für etliche Anwendungsmöglichkeiten.

Aus Sicht der komba besteht für eine pauschale Angst zum Beispiel vor einem Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst kein Anlass.

Erstens fehlt es in vielen Bereichen grundsätzlich an Personal; zweitens werden in den nächsten Jahren viele Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen; und drittens ist nicht erkennbar, dass die Digitalisierung unmittelbar und pauschal zu einem geringeren Personalbedarf führt. Eher wird zusätzliches Personal benötigt, denn die neuen Anwendungen und Strukturen müssen entwickelt und betreut werden. Und der Mülleimer leert sich auch nicht virtuell.

Vor allem werden sich die Qualifikationsanforderungen auf verschiedenen Stellen verändern und weiterentwickeln. Es ist Sache der Arbeitgeber, diese neben einem ergänzenden Bedarf an Personal und Sachausstattung zu definieren und zu organisieren. Die Probleme dürfen nicht auf die einzelnen Beschäftigten abgewälzt werden.

Vielmehr müssen sich neue Anforderungen und Qualifikationen letztendlich auch auf die Bezahlung auswirken.

Wer Know-how bestellt, muss es auch bezahlen. Dabei sollte aber bitte vorrangig auf eigene Beschäftigte und nicht auf teure Unternehmensberatungen gesetzt werden!

Ihre komba Bundesleitung

Filmtipp

Kennen Sie bereits den komba Spot „Digitalisierung – Chancen und Risiken“? Nein! Dann wird es Zeit, jetzt reinzuschauen: www.komba.de

Impressum

Herausgeber: Bundesleitung der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081687-0. **Telefax:** 030.4081687-9. **E-Mail:** bund@komba.de. **Internet:** <http://www.komba.de>. **Redaktion:** Stefanie Frank (sf), Christian Moos (cm), Stefanie Richter (sr), Kai Tellkamp (kt) **Fotos:** geralt@pixabay.com, komba.gewerkschaft@pixabay.com, hrpruesen@pixabay.com, brun-no@pixabay.com **Titelbild:** betexion@pixabay.com. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** komba magazin: bildungs- und service GmbH, Steinfelders Gasse 9, 50670 Köln. **Telefon:** 0221.135801. **Bezugsbedingungen:** Für Mitglieder der komba gewerkschaft ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für Nichtmitglieder beträgt der Abonnementpreis 16 Euro zzgl. Versandkosten.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60 (dbb magazin) vom 1.10.2018. Druckauflage:** dbb magazin: 599 309 (IVW 4/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Beiträge und Leserbriefe:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangte Einsendungen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

> komba

>	Europa: Wahltag ist Entscheidungstag	4
>	komba Bundesvorstand: Austausch zur Lage der Beschäftigten in den Ländern	4
>	Einkommensrunden: Durchblick mit der komba	5
>	Perspektiven für die Pflege	6
>	Landesgewerkschaften: Vernetzung erforderlich	6
>	Wechsel an der VKA-Spitze	6
>	Eingruppierung für Autobahn GmbH festgelegt	8
>	Bilanzergebnis bei Sparkassen	8

> dbb

>	dbb jugend-Kampagne zur Europawahl: „Wo begegnet Dir Europa in Deinem beruflichen Alltag?“	9
>	Was vom 23. bis 26. Mai in Europa passiert: How to do „Europawahl“	10
>	Ankündigung: 4. dbb Forum ÖFFENTLICHER DIENST: Digitalisierungseuphorie oder KI-Wahnsinn?	11
>	interview – Europawahl-Spitzenkandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien	12
>	fünf fragen an ... die Führungsspitze der europäischen dbb Dachgewerkschaft CESI	14
>	Anhörung im Innenausschuss des Bundestages: Keine Pauschalbeihilfe für GKV	15
>	12. dbb Forum Personalvertretungsrecht: Auf dem Weg in die Digitalisierung	16
>	standpunkt – Europawahl: Diesmal geht es um wirklich viel!	20
>	dbb akademie	22
>	rechtstipp Kürzung des Ruhegehalts nach Tod der oder des Ausgleichsberechtigten	24
>	dbb jugend Frühjahrs-Bundesjugendausschuss: Für Europa begeistern	28
>	reportage Bonn: Eine Stadtverwaltung lebt Europa – Nice to work with you!	30
>	generationengespräch Karoline Herrmann (dbb jugend Bund) und Horst Günther Klitzing (dbb bundessenorenvertretung)	34
>	service für dbb mitglieder	38
>	online	40
>	dbb bundesfrauenvertretung Hauptversammlung: Vom Lippenbekenntnis zur Umsetzung	42

Europawahlen

Wahltag ist Entscheidungstag

Wenn am 26. Mai in Deutschland an die Wahlurnen gebeten wird, geht es um die Zukunft Europas.

Wir reisen selbstverständlich durch Europa, ohne darauf achten zu müssen, welche Landesgrenze wir da wohl gerade passieren. Wir haben die Möglichkeit, europaweit zu leben und zu arbeiten. So weit die Theorie. In der Praxis stößt die Mobilität noch häufig an ihre Grenzen.

■ Arbeitnehmerfreizügigkeit: Raum für Verbesserungen

„Vor allem in den Pflegeberufen brauchen wir mehr Mobilität. Besonders in den Grenzregionen müssen wir Barrieren abbauen“, sagt Bundesvorsitzender **Andreas Hemsing**. Die komba gewerkschaft sieht darin eine Chance für all jene Länder, die aktuell einen Fachkräftemangel beklagen, diesem zumindest teilweise entgegenzuwirken und damit die Arbeitsverdichtung der Kolleginnen und Kollegen zu vermindern.

Hemsing spricht sich angesichts des Fachkräftemangels, vor allem in Pflegeberufen, für mehr Pragmatismus bei der wechselseitigen Anerkennung von in EU-Staaten erworbenen Qualifikationen aus. „Für die Warenverkehrsfreiheit haben wir im europäischen Binnenmarkt gemeinsame Standards

und Normen. Wenn es um Menschen geht, tun wir uns nach wie vor schwer.“ Durch den europäischen Qualifikationsrahmen gebe es bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen bereits bedeutende Fortschritte. Unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe machen diesen in der Praxis häufig jedoch einen Strich durch die Rechnung.

„Es wird Zeit, dass sich auf europäischer Ebene mehr Flexibilität bei der wechselseitigen beruflichen Anerkennung einstellt. Dafür müssen die einzelnen Landesregierungen sorgen und das Anliegen nach Europa tragen“, macht Hemsing deutlich.

Die Zahl der Pflegekräfte in Deutschland muss wachsen. Der Bedarf steigt stetig. Allein die Zahl der gemeldeten Stellen in der Altenpflege ist laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit von durchschnittlich 12 300 Stellen im Jahr 2010 auf 23 900 Stellen im Jahr 2018 gewachsen.

„Wir brauchen dringend mehr Pflegekräfte in Deutschland. Selbstverständlich müssen die Standards hoch sein, um das Patientenwohl zu schützen. Eine zum Beispiel in den Niederlanden voll ausgebildete,

gar akademisierte Pflegekraft muss in Deutschland nicht nur arbeiten können, sondern auch entsprechend vergütet werden.“ Hemsing spricht sich mit Blick auf Grenzregionen, wie die deutsch-niederländische Grenze, für gemeinsame Ausbildungsnetzwerke aus.

■ Warum wählen gehen?

Neben dem Erhalt und Ausbau der Arbeitnehmerfreizügigkeit gibt es weitere Gründe, die Bürgerinnen und Bürger zur Wahlurne bewegen sollten. Allen voran geht es darum, den europafeindlichen Kräften nicht das Feld zu überlassen, sondern stattdessen die eigene Stimme jenen Parteien zu geben, die die demokratischen Grundwerte festigen. In zahlreichen Ländern erhalten populistische und nationalistische Kräfte eine immer größere Zustimmung und ziehen in die nationalen Parlamente ein. Bei der EU-Wahl haben die Bürgerinnen und Bürger die Chance, diesen Tendenzen Einhalt zu gebieten. Die Auseinandersetzungen um den Brexit dürfen nicht die anderen wichtigen Themen und Verdienste der europäischen Gemeinschaft überlagern.

Die Bundesleitung kennt gute Gründe, die darüber hinaus dafür sprechen, Ende Mai ein Kreuzchen zu machen.

Für **Mareike Klostermann** steht fest, dass die europäischen Länder nur gemeinsam in der Welt stark sein können. Da die EU zahlreiche Vorgaben im Hinblick auf Beschäftigtenrecht macht, ist es **Kai Tellkamp** wichtig, mitreden zu können. **Hubert Meyers** verweist auf den wirtschaftlichen Wohlstand und Frieden, den er weiterhin – auch für die nachfolgenden Generationen – leben möchte. Das Reisen ohne Grenzen und die freie Wahl des Arbeitsortes ist für **Sandra van Heemskerck** ein wichtiger Grund, am 26. Mai zur Wahlurne zu gehen. Bundesjugendleiter **Christian Dröttboom** geht wählen, weil die EU seit nunmehr 70 Jahren Frieden sichert. Für **Sandra Müller** steht fest, dass die Europäische Union Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung fördert und für innere Sicherheit sorgt.

„Gehen Sie wählen für die Demokratie in Europa. Geben Sie Extremismus keine Chance. Jede Stimme zählt“, appelliert der Bundesvorsitzende.

Mehrere Podcasts zur Wahl, ein Quiz und weitere Informationen auf der Sonderseite der komba gewerkschaft zu den EU-Parlamentswahlen unter www.eu-wahlen.komba.de.

(cm/sf)

komba Bundesvorstand

Austausch zur Lage der Beschäftigten in den Ländern

Der komba Bundesvorstand ist am 13. und 14. April im dbb Tagungszentrum Königswinter zusammengekommen.

Im Mittelpunkt der Sitzung unter Leitung des komba Bundesvorsitzenden **Andreas Hemsing** stand ein Austausch der Situa-

tion in den Ländern, wobei die abgeschlossene Tarifrunde der Länder die Ausgangslage bildete.

■ Übertragung des Tarifabschlusses auf die Besoldung

Es gilt, den Tarifabschluss auf die Besoldung der Landes- und Kommunalbeamten zu übertragen, wofür die jeweiligen Landesgesetzgeber zuständig

sind (siehe auch Kasten). Inzwischen zeichnet sich ab, dass es in allen Ländern gelingt, eine spürbare Einkommensanpassung zu realisieren. Bei den Beamtinnen und Beamten gibt es teilweise Unterschiede, was den Zeitpunkt oder die Prozente angeht. Eini-



© komba gewerkschaft

> Der Bundesvorstand im Zeichen der Europawahl.

ge Länder stocken die Werte des Tarifabschlusses auf, um im Besoldungsranking nicht auf den hinteren Plätzen zu landen.

➤ Weitere Themen für den Länderabgleich

Um eine praxisgerechte Gewerkschaftspolitik zu gewährleisten, darf sich der Länderabgleich jedoch nicht auf die Einkommensentwicklung beschränken. Es gibt viele weitere Themen. Wichtig ist zum Beispiel die unterschiedliche Verbindlichkeit von Qualifizierungsvorgaben etwa bei der tariflichen „Ausbildungs- und Prüfungspflicht“. Auch die unterschiedlichen Tendenzen in der Beihilfe gilt es zu erfassen

und zu bewerten, etwa im Hinblick auf den in einigen Ländern zu verzeichnenden Trend, Beamtinnen und Beamten den Zugang in die gesetzliche Krankenkasse zu ermöglichen und den Arbeitgeberbeitrag als „pauschale Beihilfe“ einzustufen. Dies wird von der komba abgelehnt, weil damit die Gefahr einer schleichenden Erosion etablierter Systeme ausgelöst wird, die nicht nur die Beihilfe, sondern letztendlich das Berufsbeamtentum insgesamt erfassen kann. Die komba wird den aktuellen Stand zusammenzutragen und aktiv sein.

Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben auch über individuelle Entwicklungen und

Herausforderungen aus ihrem jeweiligen Bereich berichtet. So kamen Angelegenheiten zum Beispiel im Sozial- und Erziehungsdienst, der Feuerwehren, des Pflegepersonals und der Flughafenbeschäftigten zur Sprache. Auch die komba Jugend hat eine engagierte Arbeit geleistet und stellte unter dem Motto „Machen statt Meckern“ Positionspapiere zum demografischen Wandel, zur Sicherheit am Arbeitsplatz und zur Work-Life-Balance vor.

➤ „Herzansliegen“ Europawahl

Ein Schwerpunkt der Tagung des Bundesvorstandes war zudem die Europawahl. Das ge-

samte Gremium appellierte, an den Wahlen teilzunehmen und im wahrsten Sinne des Wortes Europa eine Stimme zu geben. Die komba steht voll hinter dem „Wahlmanifest“ der gewerkschaftlichen Dachorganisation auf europäischer Ebene CESI. Dabei geht es darum, die direkten Belange und Bedürfnisse der öffentlich Bediensteten anzusprechen und einzubringen. Sie betreffen zum Beispiel die europäische Säule sozialer Rechte, Mindeststandards für Arbeitnehmer unter Berücksichtigung der Besonderheiten der öffentlichen Dienste und starke öffentliche Dienste in Europa. Mehr zu Europa auch auf Seite 4 in dieser Ausgabe. (kt)

> Einkommensrunden: Durchblick mit der komba

Warum orientiert sich die Besoldungsanpassung der Kommunalbeamtinnen und -beamten nicht am Tarifabschluss der Kommunen, sondern an dem späteren Abschluss der Länder?

Die Besoldung wird durch Gesetze geregelt. Die Kommunen können zwar Tarifverträge abschließen, nicht aber Gesetze verabschieden. Die Besoldung ihrer Beamtinnen und Beamten richtet sich deshalb nach der Besoldung der Landesbeamtinnen und -beamten. Dafür ist der Landesgesetzgeber zuständig. Und der sieht sich in der Regel nur nach Tarifrunden der Länder zum Handeln veranlasst.

Ist das denn ein Nachteil für kommunale Beamtinnen und Beamte?

Zunächst ist es eher eine Irritation: Infolge kommunaler Tarifrunden gibt es mehr Geld für die Tarifbeschäftigten, aber bei den Beamten tut sich nichts. Deshalb setzt sich die komba dafür ein, dass sich die Tarifiergebnisse der Länder zumindest an denen der Kommunen orientieren. Wenn dann auch die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten gelingt, schließt sich der Kreis für die kommunalen Beamtinnen und Beamten. Für die beiden Statusgruppen im Landesdienst ist die Situation in der Regel homogener: Wenn Tarifiergebnisse der Länder auf die Besoldung übertragen werden, besteht für die Einkommensentwicklung der dortigen Tarifbeschäftigten sowie Beamtinnen und Beamten ein zeitlicher und inhaltlicher Zusammenhang.

Warum laufen die Tarifrunden für die Kommunen und die Länder eigentlich zu unterschiedlichen Zeitpunkten?

Die ursprünglich bestehende Verhandlungsgemeinschaft der Arbeitgeber von Bund, Ländern und Kommunen ist im Zuge der großen Tarifreform, die den Bundesangestelltentarifvertrag abgelöst hat, zerbrochen. Die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) hat diese verlassen.

Für Bund und Kommunen trat der TVöD in Kraft, für die Länder der TV-L. Seitdem wird über die Anpassung der zu den jeweiligen Tarifwerken gehörenden Einkommensstabellen nicht gleichzeitig, sondern individuell verhandelt. Die Arbeitgeber der Länder stemmen sich gegen eine Zusammenführung – offenbar, um sich nicht der „geballten Kraft“ der Gewerkschaften auszusetzen.

Fazit

Eine gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit ist auf allen Ebenen unverzichtbar. Dabei sind für die kommunale Ebene sowohl die Einkommensrunden für Bund/Kommunen als auch für die Länder bedeutsam. Und es müssen sowohl die Tarifrunden als auch die Besoldungsgesetzgebung aktiv begleitet werden.

(kt)

Im Austausch

Perspektiven für die Pflege

Im Gespräch mit dem Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung sprach die komba gewerkschaft mögliche Wege aus dem Pflegenotstand und Perspektiven an.

Bundesvorsitzender **Andreas Hemsing** und der Vorsitzende der Bundesseniorenvertretung, **Klaus-Dieter Schulze**, diskutierten mit Staatssekretär **Andreas Westerfellhaus** in Berlin. Einig waren sich die drei darüber, dass die Prozessanstöße der Bundesregierung langfristig dem Pflegenotstand strukturell begegnen können. Angesichts des Fachkräftemangels in der Alten- und Krankenpflege müssen allerdings kurzfristige Lösungen gefunden werden, um

die Personallücken zu schließen und die Qualität der Pflege flächendeckend zu gewährleisten. Eine davon ist die Rückgewinnung ehemaliger Pflegekräfte. Experten gehen von 120 000 bis 200 000 potenziellen Berufsrückkehrern aus. Denkbar ist auch, Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen.

„Sämtliche Modelle setzen veränderte Strukturen sowie eine attraktive Bezahlung und entsprechende Rahmenbedingun-



> Klaus-Dieter Schulze, Andreas Westerfellhaus, Andreas Hemsing und komba Referentin für Grundsatzfragen, Stefanie Richter (von links)

gen, allen voran Wertschätzung für den gesellschaftlich so verantwortungsvollen und wichtigen Pflegeberuf, voraus“, machte der komba Bundesvorsitzende deutlich.

Die komba gewerkschaft wird sich weiterhin für die Interessen der Pflegenden einsetzen

und sich in die Debatten einbringen. Zum Tag der Pflege am 12. Mai geht es der komba gewerkschaft beispielsweise nicht nur darum, bestehende Mängel und Probleme im System anzuprangern, sondern vor allem den zahlreichen Pflegekräften für ihre wertvolle Arbeit zu danken. (sr/sf)

6

> Landesgewerkschaften: Vernetzung erforderlich

Kompetenzen und Kräfte bündeln, heißt die Devise der komba gewerkschaft. Über die Grenzen der Landesgewerkschaften hinweg soll die Arbeit künftig stärker optimiert werden.

Brandenburg, Sachsen und Thüringen tauschten sich kürzlich

über eine engere Zusammenarbeit aus.

Zuvor fanden bereits Gespräche mit der komba brandenburg sowie mit den komba landesverbänden schleswig-holstein, hamburg, bremen und mecklenburg-vorpommern statt. (sf)



> Peter Gierke, Marion Illguth, Andreas Hemsing, Stefanie Richter, Detlef Daubitz, Sandra Irmer-Thomas und Jan-Pieter Rau (von links)

Tarifvertragspartei

Wechsel an der VKA-Spitze

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) hat einen neuen Präsidenten: Der Lüneburger Oberbürgermeister **Ulrich Mädge** übernimmt die Funktion des „obersten kommunalen Arbeitgebers“ von **Dr. Thomas Böhle** aus München.

Die VKA ist der Zusammenschluss der 16 kommunalen Arbeitgeberverbände der Bundesländer. Darin sind wiederum die einzelnen kommunalen Arbeitgeber organisiert. Die VKA ist arbeitgeberseitig Tarifvertragspartei des TVöD. Da-

mit besteht übrigens eine Parallele zur komba. Genau wie die kommunalen Arbeitgeber ihre Kräfte bei Tarifverhandlungen in einer Spitzenorganisation bündeln, macht es die komba. Sie bündelt ihre Kräfte im gewerkschaftlichen Spit-

zenverband für den öffentlichen Dienst, dem dbb.

Allerdings ist der Organisationsgrad bei den Arbeitgebern höher als bei den Beschäftigten. Wenn es uns gelingt, das Kräfteverhältnis durch zusätzliche komba Mitglieder anzugleichen, würde das für die Beschäftigten sicher positive Auswirkungen auf Tarifergebnisse haben. Wir arbeiten dran.

Zudem dürfen wir gespannt sein, wie sich der Führungs-

wechsel bei der VKA auf das Klima und vor allem auf die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auswirken wird. Denn der Präsident der VKA ist kraft Amtes Verhandlungsführer der kommunalen Arbeitgeber und damit Gegenspieler insbesondere vom dbb Bundesvorsitzenden **Ulrich Silberbach**, der der komba angehört. Die komba wird weiter das Ziel verfolgen, mit guten Argumenten und der von den Mitgliedern verliehenen Kraft gute Ergebnisse für die Beschäftigten anzustreben. (kt)

Autobahn GmbH

Eingruppierung festgelegt

Seit April haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf eine Eingruppierung für die künftig 15 000 Beschäftigten der Autobahn GmbH in den Bereichen Planung, Verwaltung und Betrieb geeinigt.

Damit ist ein wesentlicher Aspekt der Eckpunktevereinbarung aus dem Jahr 2018 eingelöst. Weitere Bausteine der Vereinbarung müssen nun ebenfalls eingehalten werden, damit die Beschäftigten eine fundierte Entscheidung zwecks Wechsel treffen können. Ab 2021 sollen die Aufgaben von den Ländern zum Bund übergehen.

■ Kritikwürdige Verfahren

Rechtsformänderungen, Verselbstständigungen und Umstrukturierungen sind für die betroffenen Beschäftigten fast immer mit Fragen, Unsicherheiten und Ängsten verbunden. Egal ob es sich um Vorgänge auf Ebene der Kommunen, des Landes oder des Bundes handelt. Aufgrund des breiten Organisationsbereichs der komba gewerkschaft sind

häufig komba Mitglieder betroffen. In diesen Fällen setzen wir uns gemeinsam mit dem dbb stets dafür ein, dass deren Rechte geschützt und deren Belange berücksichtigt werden.

So ist auch bei der Bundesfernstraßenreform eine wichtige Einflussnahme im Interesse der Beschäftigten gelungen. Dennoch darf nicht ausgeblendet werden, dass es verschiedene Punkte gibt, über die man eigentlich nur den Kopf schütteln kann:

➤ Dazu gehört die Entscheidung über die Rechtsform als „Autobahn GmbH“. Warum eigentlich eine GmbH? Die Vorhaltung von Straßen – auch Fernstraßen – ist eine öffentlich-rechtliche Aufgabe. Das politische Ansinnen, private Investitionen zu ge-

nerieren, halten wir nicht für sachgerecht, zumal es als Zeichen für Privatisierungstendenzen gewertet werden kann.

➤ Nicht nachvollziehbar ist auch, dass bereits ein zweistelliger Millionenbetrag für Beraterverträge aufgewendet wurde – sie betreffen Themen der IT/Lohn/Finanzbuchhaltung über die Namensfindung bis hin zu Tarifverhandlungen. Der Beraterwahnsinn greift auch dort weiter um sich. Obwohl das entsprechende Know-how vorhanden ist, denn der Bund verfügt über qualifiziertes Personal. Ein professionelles Projektmanagement unter Einbeziehung des Innen- und Finanzministeriums hätte sicher viele Millionen sparen können,

die besser in die Beschäftigten der neuen Organisation investiert wären.

➤ Kritisch zu sehen ist weiterhin eine eigene Entgeltordnung, durch die das Eingruppierungsrecht des Öffentlichen Dienstes weiter zersplittert und verkompliziert wird. Wir wollen dann zumindest dafür sorgen, dass dort wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des Eingruppierungsrechts insgesamt gesetzt werden.

Wir bleiben am Ball und haben die Rechte der Beschäftigten im Blick.

(sf/kt)



© khpgruesen / pixabay.com

Sparkassen

Bilanzergebnis von zehn Milliarden Euro

Die Handbremse bei Tarifverhandlungen sollte gelockert werden.

Bei den Tarifverhandlungen für die Kommunen sitzen auch Vertreter der Sparkassen mit am Tisch. Denn für die dort Beschäftigten gilt genau wie zum Beispiel für das kommunale Verwaltungspersonal der TVöD. Die Präsenz der Sparkassenvertreter fiel in der letzten kommunalen Tarifrunde in 2018 besonders auf. Sie beharrten darauf, dass höhere Personalkosten durch lineare Entgeltsteigerungen an anderer Stelle kompensiert

werden. Zeitweilig sah es so aus, als wäre der gesamte Tarifabschluss für den TVöD gefährdet.

Heute zeigt sich, dass es richtig war, dem Druck der Arbeitgeber nicht nachzugeben. Denn ausweislich der Pressekonferenz des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, auf der die Jahresbilanz der 384 deutschen Sparkassen vorgestellt wurde, stehen die Institute gut da. Es wurde ein opera-

tives Ergebnis vor Bewertung in Höhe von zehn Milliarden Euro erwirtschaftet. Sowohl auf der Einlagen- als auch der Kreditseite gab es ein „robustes Wachstum“.

Das Argument der Niedrigzinsphase, mit dem Personalkostensteigerungen als nicht machbar dargestellt wurden, war offenbar nur vorgeschoben oder aber eine klare Fehleinschätzung der Arbeitgeber. Keine Fehleinschätzung war dagegen die Haltung von komba und dbb: Die Lage gibt keinen Anlass, den Beschäftigten

der Sparkassen eine positive Einkommensentwicklung vorzuenthalten und die übrigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch noch in Mithaftung zu nehmen.

Die Sparkassen sollten sich lieber darauf konzentrieren, die Umstrukturierungen in der Branche mitarbeiterfreundlich zu gestalten. Denn für die Sparkassen gilt das Gleiche wie für den öffentlichen Dienst insgesamt: Mit demotivierten oder verunsicherten Beschäftigten können keine guten Ergebnisse erzielt werden. (kt)

© Brun-no/pixabay.com